



HAUSHALTSREDE DER WEINGARTENER BÜRGERBEWEGUNG 03. Februar 1997

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ein gutes Jahr nach dem Finanzkollaps im Jahre 1995 darf der Patient Weingarten nun die Intensivstation verlassen. Er zeigt sich reichlich abgezehrt, hat er doch zum Erhalt seines Daseins das Schaffer-Gelände, das Grundstück beim Maranatha-Haus, das Baumannsches Anwesen und einige andere Liegenschaften opfern müssen. Genesen ist er noch lange nicht, denn er zehrt immer noch von seiner Substanz. Wie es tatsächlich um ihn gestanden hat, offenbart sich im Nachhinein nur sehr zögerlich, da der für den Fall zuständige Chefarzt seine Schweigepflicht sehr genau nimmt. So genau, daß nicht einmal andere Mitverantwortliche über Diagnose und Therapie genau Bescheid wissen dürfen.

So läßt sich, bildlich gesprochen, die Situation unserer Gemeinde zum Jahresanfang 97 skizzieren. Durch Veräußerung von Grundbesitz ist es gelungen, die Spitze des für eine Kommune unserer Größenordnung exorbitanten Schuldenstandes von 20 Mio. DM zu kappen. Die Kredite haben sich auf hohem Niveau stabilisiert. Zugute kommt uns momentan die Situation auf dem Kapitalmarkt, die unsere Zinsbelastung auf einem halbwegs erträglichen Maße hält. Ein bedenkliches Zeichen ist die erstmals negative Zuführungsrate, die anzeigt, daß gemeindeeigenes Vermögen zur Deckung der laufenden Kosten veräußert werden muß. Alarmierend wird sie vor dem Hintergrund, daß sich der Gemeinderat seit nunmehr zwei Jahren fast nur noch mit Gebührenerhöhungen und Leistungseinschränkungen beschäftigt. So sieht der vorliegende Entwurf auch eine Erhöhung der Grundsteuer um zehn Punkte vor, eine angesichts der hohen Steuerlast schmerzhaftes Maßnahme, die für uns nur im Zusammenhang mit dem Wegfall der Feuerwehrrabgabe zu vertreten ist. All diese Einschnitte haben nicht ausgereicht, einen Ausgleich im Verwaltungshaushalt zu erreichen. Völlig rätselhaft ist uns, wie der in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesene Investitionsbedarf von nahezu 20 Mio. DM bis zum Jahre 2000 gedeckt werden soll, besonders angesichts der Tatsache, daß auf der Einnahmenseite wieder vom jeweils günstigsten Falle, also von einer deutlichen Belebung der Konjunktur und steigenden Steuereinnahmen, ausgegangen worden ist. Es scheint also tatsächlich so vertrauensselige Zeitgenossen zu geben, die die Ankündigung unseres Herrn Bundeskanzlers, bis zur Jahrtausendwende die Arbeitslosenzahlen zu halbieren, für bare Münze nehmen. Aufgrund all dieser Umstände relativiert sich so mancher von unserer Fraktion eingebrachte Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung. Steht die Ampel nun mal auf Rot, so ist es vernünftiger, zeitig den Fuß vom Gas zu nehmen und das Fahrzeug ausrollen zu lassen, als mit unverminderter Geschwindigkeit weiterzufahren, um mit qualmenden Reifen und hochrotem Kopf



hinter der Linie zum Stehen zu kommen. Bremsen mag möglicherweise unpopulär sein, ist aber immer noch durchaus hilfreich, wenn es zum richtigen Zeitpunkt geschieht. Auch bei den diesjährigen Vorberatungen des Haushaltsplanes hatten Sie, Herr Scholz, den Fuß noch fest auf dem Gaspedal, während das ein oder andere Mitglied des Verwaltungsausschusses zaghaft versuchte, mit den Fingerspitzen nach der Handbremse zu tasten. Es wurde lang und ausführlich um Bagatellbeträge gestritten, doch blieben die wahren Preistreiber, obwohl unschwer auszumachen, wie jedes Jahr ungeschoren. Wir wissen mittlerweile, daß Grünanlagen, Hallenbad und Ortskernsanierung sich Ihrer besonderen Gunst erfreuen, trotzdem seien hier einige Zahlen angeführt, um die Dringlichkeit einer Kurskorrektur zu betonen.

Wir hatten bereits Anfang 1995, als der Planansatz für die Pflege der Grünanlagen noch bei 280.000 DM lag, auf die Notwendigkeit von Reprivatisierung und von Modifikation der in der Planungsphase befindlichen Bauvorhaben hingewiesen. Seither dürfen wir nun mitverfolgen, daß das Wachstum des öffentlichen Raumes und des damit für die Gemeinde verbundenen Kostenaufwands auf exponentielle Weise erfolgt. Der Zuschußbedarf hat sich innerhalb der letzten zwei Jahre nahezu verdoppelt(!) und ist nun mit 436.000 ausgewiesen. Ein Ende dieser Entwicklung ist bei weitem nicht absehbar, da sämtliche in Ihren Schubladen liegenden Planungen, seien dies nun die Gewerbegebiete westlich der Bahn, im "Inneren Aufeld" oder die Vorhaben in der Ortsmitte, weitere Belastungen in diesem Bereich mit sich bringen werden. Anzumerken ist außerdem, daß sich der Großteil der Anlagen aufgrund "sparsamer Mittelbewirtschaftung" in einem Zustand befindet wie die Schatzinsel in dem gleichnamigen Roman von Robert Louis Stevenson - von Menschenhand unberührt. Diese innerörtlichen Kleinbiotope dienen nur selten der Erbauung von Anwohnern und Passanten, sondern werden zusehends zum Ärgernis. Wir halten auf keinen Fall eine Reduzierung des Pflegeaufwandes, wie es derzeit geschieht, für das Mittel der Wahl., und sehen auch die Vergabe von Patenschaften für die Grünanlagen mit Skepsis. Die Lösung kann nur eine klare Trennung zwischen privatem und öffentlichem Raum sein. Mit dieser Ansicht stehen wir bei weitem nicht allein, wie ein Antrag auf Veräußerung von Gemeindeflächen im Bereich der Walzbachhalle aus der Mitte der CDU-Fraktion beweist.

Seit der für unsere Gemeindefinanzen fatalen Generalsanierung des Hallenbades sind mittlerweile fünf Jahre ins Land gezogen. Mit schöner Regelmäßigkeit wird nun Jahr für Jahr ein Haushaltsplan verabschiedet, der als Zuschußbedarf für den Komplex Walzbachhalle/ Hallenbad rund 1,8 Mio. DM ausweist. Wir können erahnen, daß gut 2/3 dieses Defizits vom Hallenbad allein verursacht werden. Es mag bis vor kurzem noch halbwegs vertretbar gewesen sein, angesichts der getätigten Investitionen den Badebetrieb in solch einer Größenordnung zu bezuschussen, für eine Ge-



meinde jedoch, die zur Kostendeckung des laufenden Betriebs nicht mehr in der Lage ist, ist dieser Zustand nicht akzeptabel. Das in diesem Zusammenhang gern angeführte Argument, daß Abschreibungen und Kapitalkosten auch nach einer möglichen Stilllegung des Badebetriebes unseren Etat belasten würden, ist sicherlich richtig, doch liegt in dieser Feststellung gerade die eigentliche Herausforderung. Die Lösung kann nicht lauten, daß wir das Wasser ablassen und den Eingang zunageln! Die Lösung unseres größten Finanzproblems kann wohl nur darin liegen, daß wir versuchen, den Baukörper des Hallenbades alternativen Nutzungen zuzuführen, selbst wenn diese auf den ersten Blick auch unkonventionell erscheinen mögen. Ganz gleich, ob Squash-Halle, Gewerbehalle oder Tanklager für unsere Winzergenossenschaft, Ziel sollte eine möglichst intensive und wirtschaftliche Nutzung des vorhandenen Gebäudevolumens sein. Die Frage nach der Zukunft der Weingartener Badeeinrichtungen sollte offen und vorurteilsfrei behandelt werden können. Wir freuen uns deshalb über die positive Aufnahme unseres entsprechenden Antrages, sehen den Vorschlägen der anderen Fraktionen mit großem Interesse entgegen und erhoffen uns eine richtungsweisende Behandlung dieses Themas im Verwaltungsausschuß.

Nachdem unsere Fraktion die Frage, ob die Ortskern-"Sanierung" Fluch oder Segen für unsere Heimatgemeinde war, vor zwei Jahren noch offen gelassen hat, sind wir aufgrund der jüngsten Entwicklung inzwischen zu einer eindeutigen Stellungnahme in der Lage. Die vom Gemeinderat beschlossene Umgestaltung der Mitte unseres Dorfes wird die nach der Walzbachverdolung tiefstreichende Veränderung unseres Ortsbildes sein! Im Gegensatz zur Walzbachverdolung steht jedoch bei diesem Vorhaben dem Tribut, den wir in Form von historischer Bausubstanz zu zahlen haben werden, so gut wie kein praktischer Nutzen entgegen. Dies besonders dann nicht, wenn unter dem derzeitigen Kostendruck die projektierten öffentlichen Stellplätze nicht im Rathausbereich, sondern an ganz anderer Stelle verwirklicht werden. Es ist uns unerklärlich, warum Sie, Herr Scholz, als der Bürgermeister in die Geschichte dieses Ortes eingehen wollen, in dessen Amtszeit mehr historische Gebäude vernichtet wurden als in den Jahren des zweiten Weltkrieges. Stimmt der Gemeinderat unter Ihrer Regie der Ausführung der Planungen durch die Firma FWD zu, so bedeutet dies, daß fünf ortsbildprägende Häuser mitsamt ihren Nebengebäuden gleichzeitig zum Abriß freigegeben werden. Wenn sich Staub und Rauch gelichtet haben, wird freie Sicht vom Marktplatz bis zum "Kühlen Krug" herrschen, und das Rathaus wird als trauriger Stumpf in einem ansonsten zahnlosen Mund aufragen. Die Baukörper, die alsdann zur Zierde unserer Ortsmitte entstehen sollen, können wir uns in ihrer ganzen Gesichtslosigkeit heute bereits in unseren Nachbargemeinden zu Dutzenden anschauen: Beton und Münchner Rauhputz, Frankfurter Pfanne und verzinkter Stahl, Boutiquen, deren Inhaber halbjährlich wechseln, Graffittis an den Fassaden. Finanziell werden wir auch noch gehörig Federn lassen, bis der geplante Brunnen in der Mitte des Rat-



hausplatzes erst mal sprudelt, und wir sind schon jetzt gespannt auf die Hochglanzbeilage der TBR, in der diese städtebauliche Großtat dann auch noch lauthals gefeiert werden wird. Doch lassen wir die Polemik ganz beiseite und wenden uns den nüchternen Tatsachen zu. Es steht außer Frage, daß mit der bestehenden Planung im Rathausbereich die uns allen vertrauten Ansichten für immer ausgelöscht werden. Wenn auch ein Großteil der zum Abriß bestimmten Häuser von seiner Substanz her nicht zu erhalten ist, so wäre doch ein Wiederaufbau in den jetzt bestehenden Proportionen durchaus möglich. Der mittelfristigen Finanzplanung können wir entnehmen, daß selbst nach Veräußerung der Gebäude und Flächen im Sanierungsbereich noch zusätzliche 1.3 Mio. DM von der Gemeinde aufgewendet werden müssen, um die bestehenden Planungen zu einem Abschluß zu bringen. Mit großem Unbehagen verfolgen wir ebenfalls, daß die schiere Größenordnung der Bebauung "Rathausbereich" ein Tätigwerden von Weingartener Firmen und Privatleuten verhindert - Ein Investitionsvolumen von über 5 Mio. DM ist von keiner hier ansässigen Firma zu bewältigen. Die Gemeinde schnürt das Bündel bewußt so groß, daß es nur noch von auswärtigen Investoren geschultert werden kann. Bei diesem Spiel hat das örtliche Gewerbe allenfalls noch die vage Aussicht, als Subunternehmer die weniger lukrativen Aufgaben bei der Ausführung zu übernehmen - Strukturförderung auf Weingartener Art! Somit reiht sich die Bebauung "Rathausbereich" nahtlos ein in die gegenwärtige Serie von seelenlosen Großprojekten, vergleichbar der Bebauung "Richtäcker" an unserem südlichen Ortsrand. Ebenfalls ist festzustellen, daß sich bei den bereits zum Abschluß gebrachten Sanierungsvorhaben die ersehnte "Urbanität" bisher nicht eingestellt hat. Die Ortskernsanierung hat in unsere Bebauung Breschen und Schneisen geschlagen, die von den Bürgern gemieden werden und die bisher noch nirgendwo mit Leben erfüllt worden sind.

All diese Aspekte veranlassen uns, unsere oftmals geäußerten Forderungen auch heute abend zu wiederholen: Die Neubebauung des Rathausbereiches ist aufzuteilen in Einzelabschnitte, deren Größenordnung ein Engagement von örtlichen Betrieben und Privatleuten zuläßt. Dem durch öffentliche Mittel subventionierten Ausverkauf unseres Ortes ist Einhalt zu gebieten. Die bestehenden, vertrauten Ansichten sind zu erhalten. Die Sanierung hat in enger Zusammenarbeit mit dem Landesdenkmalamt behutsam zu erfolgen. Von der Schaffung eines öffentlichen Platzes im Rathausinnenbereich sollte nicht zuletzt aus finanziellen Erwägungen Abstand genommen werden. In Ihrem Neujahrsgruß teilen Sie, Herr Scholz, den Weingartener Bürgern mit, daß nicht alles Wünschenswerte zu verwirklichen und eine Rückbesinnung auf das Notwendige unabdingbar ist. Sollte diese Aussage wirklich ernstgemeint sein, hier haben Sie Gelegenheit, dies zu beweisen: Lassen Sie uns gemeinsam Ballast abwerfen, damit wir uns der einzigen wirklich dringlichen Aufgabe der kommenden Jahre uneingeschränkt zuwenden können - dem Bau der Bahnunterführung bei der Kärcherhalle. Wir brauchen nicht nochmals zu betonen, daß durch die langjährige unsinnige Ver-



quickung von B3-Umgehung und dem Bau der Bahnunterführung beträchtlicher Schaden für unsere Gemeinde entstanden ist. Ebenfalls sehen wir großzügig darüber hinweg, daß der Gemeinderat über die Entwicklung im Hinblick auf den Bau der Unterführung nur unzulänglich und teilweise sogar irreführend informiert worden ist. Wir sind froh über das am 27. Januar von diesem Gremium einstimmig gesetzte Signal, das den Weg zu einer zügigen Verwirklichung der Bahnunterführung Kärcherhalle endlich freigeschaltet hat, und sind überzeugt davon, daß der eindrucksvolle Konsens auch dem Stimmungsbild der Einwohner Weingartens entspricht. Nicht bei allen in jüngster Vergangenheit einstimmig gefaßten Beschlüssen war dies der Fall, doch auch beim Reizthema "Innerörtliche Stadtbahntrasse" glätten sich allmählich die Wogen der Erregung. Ohne einer abschließenden Entscheidung durch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, vorgreifen zu wollen, verdichtet sich bei unserer Fraktion der Eindruck, daß die weitgehende Ablehnung dieses Vorhabens durch die Weingartener Bürger sowie die enger werdenden finanziellen Spielräume nicht ohne Einfluß auf das Meinungsbild in diesem Gremium geblieben sind. Der Bau der Unterführung "Kärcherhalle" wird in den kommenden Jahren für Gemeinderat und Verwaltung die Kardinalaufgabe sein. Dennoch möchten wir in Kürze an Aufgaben erinnern, die aus unserer Sicht trotz der voraussehbaren Belastungen keine Vernachlässigung erfahren dürfen. Kanalnetzinstandsetzung im Zuge der Eigenkontrollverordnung, natürliche Trinkwassersanierung, Biotopvernetzung und Verwirklichung der Entwicklungsplanung für Sallenbusch und Sohl gehören dazu ebenfalls wie eine dem Bedarf angemessene Schaffung von Gewerbeflächen, Vollendung des Bebauungsplanes "Bruch östlich II" und Fortsetzung des bisher hoffnungsvoll begonnenen Dialoges mit unserer Jugend. Neben der physischen Verfassung des Patienten "Weingarten", die wir eingangs dargestellt haben, interessiert uns mindestens ebenso sehr auch dessen psychische Verfassung, der wir zum Abschluß nun unser Augenmerk schenken wollen. Festzustellen ist, daß der schon seit langem zu beobachtende Vertrauensverlust in Verwaltung und Gemeinderat weiter fortgeschritten ist und das politische Klima in diesem Ort von Resignation und Enttäuschung geprägt wird. Doch nicht nur die Bürger dieser Gemeinde fühlen sich unzureichend informiert oder von Entscheidungsprozessen ausgegrenzt, auch der Gemeinderat selbst erfährt von zahlreichen Entwicklungen erst dann, wenn sie bereits geschehen sind. Trotz zahlreicher Nachfragen wurde dieses Gremium zum Beispiel bis zum Abend der Bürgerversammlung nur unzureichend über die aktuelle Situation bezüglich des Baus der Bahnunterführungen unterrichtet. Auch über die Zwischenfinanzierung des Stadtbahnbetriebes wurde der Gemeinderat erst dann informiert, als es an der Zeit war, die Haushaltsmittel für die Darlehenskosten nachträglich zu bewilligen, und bis zum heutigen Tage ist eine von sieben Gemeinderäten unterschriebene Anfrage vom Oktober vergangenen Jahres zu diesem Thema noch nicht behandelt. Wer als Gemeinderat solche Erfahrungen macht, kann nachvollziehen, daß bei den Einwohnern dieser Gemeinde, die ja noch wesentlich weniger in Entscheidungen



eingebunden sind, Verdruß entsteht. Unsere Fraktion beobachtet mit zunehmender Besorgnis die Behandlung zahlreicher Tagesordnungspunkte in nichtöffentlicher Sitzung. Durch diese Bestimmungen der Gemeindeordnung widersprechende Verlagerung wichtiger Angelegenheiten hinter verschlossene Türen wird der Demokratie die Nahrungsgrundlage entzogen. Dieses Erkenntnis war Anlaß dafür, daß die Gemeindeordnung jedem Gemeinderat die Pflicht auferlegt, für öffentlichen Verhandlungsgang Sorge zu tragen. Vernachlässigen wir diese Aufgabe, vertrocknet das Feld, auf dem Verantwortung und Bürgersinn gedeihen sollten. Spätestens in zwei Jahren, wenn wieder Kommunalwahlen anstehen und jede Fraktion versucht, Kandidaten für ihre Liste zu finden, wird sich jeder in diesem Raume davon überzeugen können, daß der Rückzug des Gemeinderates in die Nichtöffentlichkeit nicht ohne Folgen geblieben ist. Ein Blick zu unserer Nachbargemeinde Pfinztal zeigt uns, daß es auch anders geht. Seit einem halben Jahr steht dort die Fragestunde am Anfang jeder Gemeinderatssitzung - vom hiesigen Gemeinderat wurde ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion im Jahre 1994 abgelehnt. Öffentliche Verhandlung soweit gesetzlich möglich, Bürgerversammlungen mindestens alle 12 Monate, sofortige ortsübliche Bekanntgabe nichtöffentlich gefaßter Beschlüsse sowie Bürgerfragestunden zu Sitzungsbeginn müssen Sofortmaßnahmen sein, mit denen wir gemeinsam, Gemeinderat und Verwaltung, die hochinteressante Aufgabe "Kommunalpolitik" von ihrem schlechten Ruf zu befreien versuchen sollten. Eine Kurskorrektur bei den angesprochenen Verfahrensfragen wäre für die Kommune die denkbar preisgünstigste Möglichkeit, die Zufriedenheit der Weingartener Bürger mit ihrer Verwaltung und ihren gewählten Vertretern spürbar zu steigern. Die Fraktion der Weingartener Bürgerbewegung stimmt dem Entwurf des Haushaltsplanes sowie dem Wirtschaftsplan für die Wasserversorgung für das Jahr 1997 zu. Im Gegensatz zu den beiden vergangenen Haushaltsplänen scheint der vorliegende Entwurf auf eine solidere Grundlage gebaut und genügend Puffer aufzuweisen, um das begonnene Jahr ohne Nachtragshaushalt finanziell meistern zu können. Schwächen sehen wir insbesondere bei der mittelfristigen Finanzplanung. Wir meinen, daß diesem wichtigen Instrument nicht die entsprechende Bedeutung beigemessen wird und beantragen, daß bei der kommenden Haushaltserstellung die Finanzplanung eingehend beraten werden soll. Haushaltspolitik darf nicht nur die knappe Bewältigung des jeweils laufenden Jahres sein. Sie muß die Summe der zukünftigen Vorhaben ebenso realistisch einschätzen wie die eigene Leistungsfähigkeit. Daß dies in der Vergangenheit nicht erfolgt ist, hat unsere Gemeinde auf schmerzhaft Weise erfahren.

In der Hoffnung auf eine offene Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Gemeinderat und politisch interessierten Bürgern möchten wir unsere heutige Stellungnahme beschließen.